

Junger Wirtschaftsrat

Kritik an Wirtschaftskammern



Nils-Oliver Freimuth ist Inhaber einer Tennissportanlage und Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrats der CDU. Foto: Harry Braun

Von Claudia Renner

Ein Jungunternehmer aus der CDU fordert mehr Service für Gründer und günstigere Beiträge.

Die Wirtschaftskammern IHK und HwK sollen zu zentralen Servicestellen für Unternehmensgründer werden: Das fordert der Bundesvorsitzende des **Jungen Wirtschaftsrats der CDU**, Nils-Oliver Freimuth (30) aus Mainz. Insgesamt seien die Kammern zu langsam und zu teuer, kritisiert der Inhaber einer Tennissportanlage in Bodenheim.

Vor zwei Monaten zum Vertreter von 11000 Jungunternehmern bis 35 Jahren gewählt, gibt Freimuth sich kämpferisch. Er wisse, dass die Wirtschaftskammern ein mächtiges Gegenüber seien. Dennoch sei er entschlossen, sich mit ihnen anzulegen. Würden die Kammern seine Forderung aufgreifen, dann genüge es künftig, ihnen die Grunddaten des neuen Unternehmens zu übermitteln. Die Kammer sollten alle notwendigen Anmeldungen, unter anderem beim Finanzamt oder der Arbeitsagentur übernehmen. Bisher koste dies den Gründer viel Zeit. „Mit so einer One-Stop-Servicestelle wäre schon viel geholfen“, sagt Freimuth, der mehrere Unternehmen gegründet hat.

Darüber hinaus wäre eine Reduzierung der Kammerbeiträge „ein richtiger Schritt“. Die Industrie- und Handelskammer Rheinhessen erhebt von ihren Pflichtmitgliedern jährlich 0,05 Prozent des Gewerbeertrags. Hinzu kommen nach der Ertragshöhe gestaffelte Grundbeiträge von 43 Euro bis 651 Euro. Im Jahr 2011 kamen so 5,4 Millionen Euro zusammen, zuzüglich der Gebühren für Kammerprüfungen nahm die IHK 8,38 Millionen Euro ein. Um ihre Ausgaben von 9,6 Millionen Euro zu stemmen, griff die Kammer auf ihre Rücklagen zurück.

IHK-Hauptgeschäftsführer Richard Patzke verweist auf das bestehende Serviceangebot: Kostenlose Beratung für Gründungswillige aus einer Hand sei „eine gute Idee von Herrn Freimuth“, werde aber von der IHK Rheinhessen schon seit zehn Jahren umgesetzt. Zudem bieten „die IHKs und HWKs seit 2002 in Rheinland-Pfalz für alle erlaubnisbefreiten Gewerbe

den One-Stop-Shop an“. Seit 2007 seien die Starterzentren berechtigt, neben den Gewerbeämtern die Gewerbean-, um- und -abmeldungen durchzuführen.

Mit dem 2009 eingeführten „Metaformular“ sei die Gewerbeanmeldung weiter erleichtert worden, so Patzke. Die nötigen Daten für Finanzamt, Gewerbeanmeldung oder Berufsgenossenschaft müssen in das internetbasierte Formular nur einmal eingegeben werden. Und was die Mitgliedsbeiträge betrifft: „Die IHK Rheinhausen erhebt mit 0,05 Prozent des Gewerbeertrags seit 2009 den niedrigsten Beitrag aller IHKs in Deutschland“, so Patzke. Dies werde auch 2013 so bleiben.

Freimuth geht das nicht weit genug. Bisher gäben die Kammern lediglich die Tatsache der Unternehmensgründung an alle zuständigen Stellen weiter, sagte er. Die Formulare müssten die Gründer trotzdem noch selbst ausfüllen. „Bis das alles erledigt ist, vergehen in Deutschland 14 Tage.“ Wenn die Institutionen mitwirkten, könnte die Vergabe der nötigen Steuer- und Betriebsnummern eine Sache von 24 Stunden sein, schwebt ihm vor. Ganz zu schweigen von der Wartezeit auf einen Termin mit einem Kammerberater. „In dieser Zeit habe ich das selbst gegoogelt.“

Dass die IHK Rheinhausen bundesweit vergleichsweise günstige Beitragssätze hat, gesteht Freimuth zu. Allerdings seien rund zehn Millionen Euro jährliche Ausgaben – wie fast bei allen Kammern in Deutschland – schlicht zu hoch. So leiste sich die IHK in ihrem Stadtpalais am Mainzer Schillerplatz ein zwar sehr schönes, aber wenig zweckmäßiges und auch teures Domizil. „So muss man nicht residieren“, findet Freimuth.